

Antrag

der Fraktion der CDU

Abenteuerliche Mieterhöhungen für den Sport durch das Land Berlin umgehend zurücknehmen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, gemeinsam mit den Bezirken, den Bezirkssportbünden sowie dem Landessportbund dafür Sorge zu tragen, dass den Nutzenden, denen nach den Sportanlagen-Nutzungsvorschriften (SPAN) öffentliche Sportanlagen überlassen werden, während der Corona-Pandemie kein zusätzlicher Schaden durch die Erhebung von Nutzungsentgelten entsteht.

Die drastische Erhöhung der Nutzungsentgelte durch die Erneuerung der SPAN im August 2020 ist umgehend auszusetzen, die betroffenen Vereine, Schulen, Jugendeinrichtungen und weitere Nutzende (vgl. Nummer 1 Absatz 3 und Nummer 2 Absatz 5 der SPAN) sollen vorerst weiterhin lediglich ihre bisherigen Nutzungsentgelte zahlen müssen. Bereits gezahlte Erhöhungen sind zurückzuerstatten oder mit künftigen Zahlungen zu verrechnen.

Bei Vereinen, die Zahlungen aus dem Corona-Rettungsschirm des Landessportbundes erhalten, müssen die Nutzungsentgelte so gesenkt werden, dass auch andere Kosten durch die Hilfen noch gedeckt werden können. So wird verhindert, dass die finanziellen Hilfen aus dem Rettungsschirm direkt wieder ans Land Berlin zurückfließen, um die Nutzungsentgelte der Sportflächen, die seit Monaten nicht einmal genutzt werden dürfen, zahlen zu können.

Begründung

Die Corona-Pandemie stellt den Sport seit Monaten vor große Herausforderungen. Die Vereine haben mit sinkenden Mitgliederzahlen und dramatischen Einnahmeausfällen zu kämpfen. Der Rettungsschirm hat dabei bereits vielen betroffenen Vereinen helfen können. Völlig unangebracht ist es daher, dass der Senat in dieser schweren Krise still und heimlich Mieterhöhungen für alle Nutzer der landes- und bezirkseigenen Sportflächen beschließt.

Die turnusgemäße Erneuerung der SPAN hatte zur Folge, dass viele Vereine mit nur wenigen Wochen Vorlauf teilweise 75 Prozent mehr für die Nutzung der ihnen überlassenen Sportflächen zahlen sollen! Fast doppelt so viel zahlen für Flächen, die derzeit nicht einmal genutzt werden dürfen. Es zeugt von völliger Ignoranz des Senates, hier keine Rücksicht auf die aktuelle prekäre Situation der Betroffenen zu nehmen. Es wäre ohne Probleme möglich gewesen, die Erhöhung der Nutzungsentgelte vorerst auszusetzen und die Sportlerinnen und Sportler nicht durch abenteuerliche Mieterhöhungen noch tiefer in die Krise zu stürzen! Wir fordern daher, die Erhöhung umgehend zu revidieren und solange zurückzustellen, bis der Sport in Berlin wieder selbst auf festen Beinen stehen kann.

Auch müssen die Nutzungsentgelte dahingehend geprüft werden, dass durch deren Zahlung kein zusätzlicher Schaden entsteht. Die Nutzungsentgelte beispielsweise für Vereine, denen 40 Prozent ihrer Einnahmeverluste durch den Corona-Rettungsschirm des LSB ersetzt werden, die aber auch unter normalen Umständen mehr oder nur geringfügig weniger als 40 Prozent ihrer Einnahmen für die Nutzungsentgelte aufwenden, müssen so gesenkt werden, dass auch andere anfallende Kosten noch gedeckt werden können. Ansonsten würde der absurde Fall eintreten, dass die Mittel aus dem Rettungsschirm vollständig zurück an das Land fließen, um Nutzungsentgelte für Sportflächen zahlen zu können, die derzeit nicht einmal genutzt werden dürfen.

Berlin, 15. März 2021

Dregger Standfuß
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU